



12.09.2023

### **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Förderung des Einsatzes Mineralischer Ersatzbaustoffe bei Baumaßnahmen**

Die Verwaltung wird beauftragt,

im Rahmen der ab 01.08.2023 geltenden Mantelverordnung (= Verordnung, die auf wissenschaftlicher Basis ermittelte Materialwerte und Einbauweisen bundeseinheitlich rechtsverbindlich festlegt,)

1. Vergabeverfahren zu entwickeln bei denen zu liefernde und einzubauende Baustoffgemische [Primärbaustoffe und Sekundärbaustoffe (= Mineralische Ersatzbaustoffe)] produktneutral ausgeschrieben werden.
2. für die Vergabeverfahren Zuschlagskriterien zu entwickeln, die neben dem Preis auch qualitative (umweltbezogene) Zuschlagskriterien berücksichtigen.
3. bei künftigen Vergabeverfahren neben dem Preis auch qualitative (umweltbezogene) Zuschlagskriterien vorzugeben und bei der Wertung zu berücksichtigen, mit dem Ziel der Substitution von Primärbaustoffen durch Mineralische Ersatzbaustoffe (Sekundär-Baustoffgemische).
4. bei künftigen Vergabeverfahren im Straßen- Wege-, Tief- und Leitungsbau, der Aufstellung künftiger Leistungsverzeichnisse zu vorgenannten Gewerken, die Ziffern 1-3 verbindlich zu beachten und umzusetzen.

## **Begründung**

Der Abbau natürlicher mineralischer Primärrohstoffe (Kiesabbau) führt zum großflächigen Verlust land- und forstwirtschaftlicher Flächen, zerstört das Landschaftsbild und belastet Menschen und die Umwelt.

Große Teile der Bevölkerung lehnen einen weiteren Abbau oberflächennaher Rohstoffe ab. Initiativen haben sich gegründet, die den geplanten und praktizierten Kiesabbau nicht mehr dulden wollen.

In Hinblick der Nichtregenerierbarkeit mineralischer Rohstoffe und der o.g. Auswirkungen soll ein sparsamer und verantwortungsvoller Umgang mit den in der Region vorkommenden oberflächennahen, nicht erneuerbaren Bodenschätzen angestrebt werden.

Ökologische und ökonomische Gründe erfordern daher die Änderung der zur Zeit üblichen Vergabepraxis.

Ziel sollte sein, bei öffentlichen (und privaten) Ausschreibungen eine Substitution der Primärrohstoffe durch mineralische Ersatzbaustoffe (Sekundärbaustoffe = Recyclingbaustoffe) anzustreben.

Primärrohstoffe sollen so weitgehend wie technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar durch mineralische Ersatzbaustoffe (wiederaufbereitete Materialien, auch anfallender Erdaushub) ersetzt werden.

Die heutige Praxis bei der Vorbereitung der Vergabe und bei der Ausführung von Bauleistungen erfüllen die Ziele in Hinblick auf die Nachfrage, das Inverkehrbringen und der Verwertung von mineralischen Ersatzbaustoffen (Sekundärbaustoffe), größtenteils nicht.

Eindeutige, erschöpfende und vollständige Beschreibungen in den Vergabeunterlagen bezüglich der gewünschten und anzubietenden Baustoffgemische sollen erstellt werden.

Mit ergänzenden Zuschlagskriterien können die Anforderungen und der Wille des Auftraggebers untermauert werden. Neben dem Preis oder den Kosten können dies u.a. auch die Qualität, Zweckmäßigkeit, Zugänglichkeit, umweltbezogene und innovative Eigenschaften, Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung betrauten Personals, .... sein.

Die Lieferung und Bepreisung von mineralischen Ersatzbaustoffen soll in den Vergabeunterlagen verbindlich aufgenommen werden.

**Mit der gezielten Aufnahme und dem Einsatz von mineralischen Ersatzbaustoffen würde der Bodenseekreis eine Vorbildfunktion einnehmen.**

Mit Schreiben vom 25.10.2020 stellte die CDU-Fraktion im Kreistag des Bodenseekreises eine Anfrage zum „**Sparsamen Umgang mit Primärrohstoffen durch bevorzugte Verwendung von Recycling-Rohstoffen**“. Anlass war der Satzungsbeschluss des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben zur Fortschreibung des Regionalplanes und die damit verbundene intensive Diskussion zum Umfang des Abbaus von Rohstoffen, dem Aufruf zum verstärkten Einsatz von Recyclingmaterial um den Abbau von Primärrohstoffen zu verringern.

Die CDU-Fraktion stellte fest, dass das Problem in erster Linie nicht in der Verfügbarkeit von RC-Materialien liegt. Vielmehr führe eine Zurückhaltung von Bauherren und Auftraggebern dazu, dass in der Region vorhandenes RC-Material nicht vollständig und effektiv wiederver-

wertet wird. So komme es vielfach zu unnötiger CO<sub>2</sub>-Belastung aus der Region und in die Region. Die Wiederverwendung von Recyclingmaterial kann sowohl durch eine zuverlässige Beprobung als auch durch fundierte Aussagen zur Funktionserfüllung und Tragfestigkeit fachtechnisch einwandfrei nachgewiesen werden.

Die CDU Fraktion hat die Kreisverwaltung um Beantwortung von Fragen

- zur standardmäßigen Prüfung der Verwendbarkeit von RC-Material bei Bauprojekten des Landkreises
- hinsichtlich einer Entscheidungsmatrix der Landkreisverwaltung bezüglich der Verwendung von RC-Material
- Ausweitung der Nutzung von RC-Material

gebeten.

In der Sitzung des Ausschuss für Umwelt und Technik am 30.11.2021 wurde die Anfrage am beraten. In der Sitzungsvorlage der Verwaltung sind folgende Formulierungen zu lesen:

Seite 4: Die Verwendbarkeit von RC-Material bei Straßenbauprojekten sind Einzelfallentscheidungen und werden in „Abstimmung mit den Auftragnehmern“ entschieden.

Seite 5: „Der Einsatz von RC-Material muss beim Bau, sowie auch in der Folgebetrachtung wirtschaftlicher sein...Letztlich ergibt sich die Wirtschaftlichkeit im Rahmen des Wettbewerbs bei öffentlichen Ausschreibungen bzw. im Preisvorteil von RC-Material gegenüber Primärrohstoffen.“

Seite 6: „Da die öffentliche Hand jedoch verpflichtet ist die Angebote der wirtschaftlichsten Bieter in Auftrag zu geben, liegt der größte Hebel letztlich im Angebotspreis von RC-Material.“

Die Vorstellungen des Kreises bei der Beantwortung des CDU Antrages wären mit dieser neuen Vorgabe zur Ausschreibung vollumfänglich berücksichtigt

Wünschenswert wäre bei Interesse eine Besichtigungsfahrt, für Kreisräte und Vertreter der Verwaltung (ggf. auch Stadt- und Gemeinderäte und dortige Vertreter der Verwaltung) zu einer Fachfirma zu organisieren, die fundierte Kenntnisse im Bereich der Boden-, Betonaufbereitung und der Wiederverwendung besitzt.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Übelhör

Sabine Becker

Evmarie Becker

Kreistagsfraktion *BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN*